

Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **41 (1962)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Innenpolitik

Gerne pflegen wir die Schweiz als Hort der Freiheit zu bezeichnen, unser Land als Vorbild für die ganze Welt hinzustellen. Sicher mögen wir in manchen Dingen vorbildlich sein, in anderen Belangen haben wir uns aber gar nicht allzu sehr zu rühmen. Gerade unsere vielgerühmte Freiheit wird in letzter Zeit immer wieder geritzt. Folgende zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen: Ein amerikanischer Fernsehreporter drehte einen Film in Angola, wo unser EFTA-Partner Portugal mit rücksichtsloser Grausamkeit die Unabhängigkeitsbestrebungen der Eingeborenen — die wie Sklaven ausgebeutet werden — vergeblich zu unterdrücken sucht. Dieser Fernsehfilm samt Kommentar wurde auch der Schweiz zur Vorführung angeboten. Es erschien dann der portugiesische Botschafter beim Bundesrat, um ihm zu erklären, daß Portugal die Vorführung dieses Films nicht eben schätzen würde. Wies der Bundesrat dem merkwürdigen Diplomaten empört die Türe und klärte in einem Communiqué die Bevölkerung über diesen Mißgriff eines ausländischen Vertreters auf? Wer solches Tun für richtig hält, den enttäuschte das bundesrätliche Verhalten. Er setzte es nämlich durch, daß das westschweizerische Fernsehen den Film nicht vorführte. Im deutschschweizerischen Fernsehen wurde er hingegen gesendet — ein Extralob den mutigen Leuten! —, doch wurde auf die krassesten Stellen im Kommentar verzichtet. Während der Schweizer über östliche Grausamkeiten bis in alle Details unterrichtet wird, soll er von westlichen Grausamkeiten verschont bleiben . . .

Der andere Fall spielt sich im militärischen Bereich ab. Bekanntlicherweise will die schweizerische Luftwaffe die superschnellen französischen Jagdflugzeuge «Mirage» einführen. Man zog diesen Flugzeugtyp dem schwedischen «Draken» seinerzeit vor — obwohl Schweden, wie die Schweiz, ebenfalls in der EFTA ist —, weil die «Mirage» etwas besser und überdies schneller zu liefern sei. Nun mußte man erfahren, die Ablieferung der Flugzeuge verzögere sich «ein bißchen» (auf Anfang 1965), ebenso werde der Kredit «ein wenig» überzogen. Die Qualitäten der «Mirage» sind aber ebenfalls nicht unbestritten. Bezeichnenderweise wurde in der Presse bereits die Forderung nach einem neuen Erdkampfflugzeug aufgestellt. Ein schweizerischer Generalstabsoffizier veröffentlichte in einer Fachschrift eine sachliche Kritik an der «Mirage». Der Chef der Flieger- und Fliegerabwehrtruppe

widerlegte diese Kritik einwandfrei: er ließ den betreffenden Offizier strafversetzen . . .

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Bundesrat die Atominitiative der Sozialdemokratischen Partei, die die Anschaffung atomarer Bewaffnung obligatorisch der Volksabstimmung unterstellen will, abgelehnt. Merkwürdige Gründe waren für diesen Entscheid maßgebend; nicht zuletzt aus «verfassungsästhetischen» Erwägungen heraus soll diese Initiative nach der Meinung des Bundesrates abgelehnt werden. Daß die Atombewaffnung der Schweiz auf immer schwächeren Füßen steht, nachdem aus Amerika unmißverständlich zu vernehmen war, daß Atomwaffen für kleine Staaten nicht nur nichts nützten, sondern im Gegenteil die Gefahr für das betreffende Land vergrößerten, davon scheint der Bundesrat nichts vernommen zu haben. Daß er diese entscheidende Frage nicht der Volksabstimmung unterbreiten will, zeigt, daß der Bundesrat Angst davor hat, daß das Schweizervolk eine andere Auffassung als gewisse Offiziere haben könnte. Angst ist aber noch immer ein schlechter Berater gewesen. Die Hoffnung, das Parlament werde eine andere Haltung einnehmen als der Bundesrat, ist leider nicht eben groß.

Das Post- und Eisenbahndepartement wird umgetauft: entsprechend seiner Bedeutung soll es nun Verkehrs- und Energiedepartement heißen. Erntet der Bundesrat nicht immer nur Lob, so wird ihn das Bundespersonal sehr dafür loben, daß er beschlossen hat, ihm eine Teuerungszulage von 4,5 Prozent (rückwirkend auf 1962) auszurichten. Es wäre schön, wenn sich alle andern Arbeitgeber dieses löbliche Tun als Beispiel nähmen.

Der Beitritt der Schweiz zur EWG ist nicht so leicht, wie sich viele Leute vorstellen. Nicht nur unsere schlechtere Sozialgesetzgebung und unser nichtsagendes Kartellgesetz stehen einem Beitritt im Wege, auch der Schweizer Agrarschutz stimmt mit der EWG-Agrarpolitik überhaupt nicht überein. Die schweizerischen Produzentenpreise liegen 20 bis 70 Prozent über dem EWG-Durchschnitt. Müßten wir das EWG-Agrarsystem übernehmen, so ergäbe dies einen Einnahmenausfall von rund 400 Millionen Franken pro Jahr, ein Ausfall, den unsere überschuldete Landwirtschaft nicht tragen könnte. Es mag an unserer Landwirtschaftspolitik liegen, daß die Schweiz mit nur 6,9 Kilogramm Butterverbrauch pro Kopf und Jahr der Bevölkerung hinter den Finnen (15,3), den Dänen (10,8), den Schweden (9,6), den Franzosen (9,3), den Belgiern (9,2), den Westdeutschen (8,3) und den Engländern (8,2) liegt. Hinter uns liegt Österreich mit 4,8 Kilogramm. Eine grundlegende Überprüfung unserer Landwirtschaftspolitik (die ohne eine Änderung des Bodenrechts aber nicht möglich sein wird) drängt sich immer dringender auf!

Außenpolitik

Westdeutschland ist nicht nur ein Wirtschaftswunderland, es ist auch sonst ein Land voller Wunder. Daß Adenauer bei der Wahl des Bundeskanzlers für sich selber stimmte, ist für dortige Verhältnisse klar. Daß Strauß trotz seinen vielen «Seitensprüngen» nach wie vor Minister ist, vermag niemanden zu erstaunen. Der Untersuchungsausschuß, der sein Verhalten in der Fibag-Affäre zu prüfen hatte, stellte keine Dienstpflichtverletzung, sondern lediglich «Verwaltungsfehler» fest. Gegen dieses Ergebnis protestierte die SPD-Minderheit des Ausschusses; die SPD und die FDP erzwangen dann im Bundestag mit zwei Stimmen Mehrheit die Rückweisung des Berichtes. Wen wundert es, daß Strauß selber gegen die Rückweisung stimmte und erklärte, das ganze Treiben sei von den Kommunisten gesteuert?

Der westdeutsche Generalbundesanwalt Fränkel, der erst vor wenigen Monaten zum höchsten Anklägeramt in der Bundesrepublik gewählt worden war, muß sein Amt schon wieder verlassen. Er hatte im Tausendjährigen Reich maßgeblichen Anteil an Nichtigkeitsbeschwerden gegen «zu leichte Urteile». Fränkel, der vor seiner Wahl zum Generalbundesanwalt seit 1951 Bundesanwalt gewesen war, war seinerzeit schärfer gewesen als der sattsam bekannte Präsident des Volksgerichtshofes Freisler. Er hatte aus seiner Gesinnung auch nach dem Zusammenbruch des Nazireiches nie ein Hehl gemacht, was aber seiner politischen Karriere nicht im geringsten geschadet hatte... Erst als die DDR mit Dokumenten aufrückte, wurde er untragbar. Er wird jedoch 2300 DM monatliche Pension erhalten. Daß es sehr oft die DDR sein muß, die hohe Beamte der Bundesrepublik «abschießt», ist beklemmend (es sei nur an die «Fälle» Globke, Oberländer, Schröder erinnert).

In den Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen errang die SPD einen großen Sieg: sie erhielt 43,3 Prozent der Stimmen gegen 39,2 vor vier Jahren. Die CDU fiel von 50,5 auf 46,4 Prozent zurück, die FDP von 7,1 auf 6,9 Prozent. Die beiden Verlierer bilden nach Bonner Muster eine Koalition. Der Trend in Westdeutschland zum Zweiparteiensystem ist immer unverkennbarer.

Algerien ist seit dem 1. Juli unabhängig. Innerhalb der algerischen Regierung gibt es aber Schwierigkeiten, was nicht verwundern kann. Ben Khedda und Ben Bella sind die beiden Gegenspieler. Während Ben Khedda mit der Erreichung der Unabhängigkeit zufrieden ist und nun das Land wieder langsam aus dem Chaos mit Hilfe Frankreichs herausführen will, ist Ben Bella der Auffassung, daß nun auch noch die soziale Revolution erfolgen müsse. Es macht gegenwärtig den Anschein, als werde sich Ben Bella durchsetzen.

In Brasilien herrscht seit Ende Mai eine Hungersnot. Die Bevölkerung plünderte die Lebensmittelläden. Auch in Argentinien ist die Lage sehr gespannt. Immer deutlicher beginnt es sich abzuzeichnen, daß die amerikanische «Allianz für den Fortschritt» eine wirkliche Stabilisierung in Südamerika nicht erreichen kann. Diese wäre nur dann möglich, wenn die Amerikaner die feudalen Herrschaftsverhältnisse nicht mehr unterstützten, was im Augenblick wenig wahrscheinlich ist.

Nachdem auch der zweite Höhenversuch der Amerikaner über der Johnston-Insel scheiterte, glückte dafür der dritte. Die Amerikaner wollen noch weitere Versuche unternehmen, obwohl Wissenschaftler in aller Welt davor warnen. Diese Versuche mit Atombomben außerhalb der Atmosphäre werden den Russen den guten Vorwand liefern, auch ihrerseits wieder mit Versuchen zu beginnen.

Mitte Juli begannen in Genf wieder die Sitzungen der 17-Mächte-Abrüstungskonferenz. Waren die Amerikaner bisher immer der Meinung, bei einem Atomversuchsstopp müßten Kontrollen in dem betreffenden Land vorgenommen werden, so hatten die Russen immer erklärt, solche Kontrollen seien lediglich erlaubte Spionage, denn man könne auch schwache unterirdische Atomversuche mit den heutigen Mitteln ohne weiteres von neutralen Ländern aus feststellen. Diese Auffassung wurde von vielen Wissenschaftlern geteilt, die alle Versuche der letzten Zeit einwandfrei hatten feststellen können. Der russische Standpunkt scheint auch die neutralen Teilnehmer der Konferenz überzeugt zu haben, denn knapp vor Beginn der neuen Verhandlungen ließen die Amerikaner plötzlich verlauten, sie hätten Instrumente entdeckt, mit denen man auch auf große Distanz Atomversuche entdecken könne. Inspektionen seien damit eigentlich nicht mehr notwendig. Damit ist ein Abkommen gegen Atomversuche in greifbare Nähe gerückt. Selbst ein Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung wäre nun prinzipiell möglich, gibt es doch bei der Abrüstungsfrage selber keine Uneinigkeiten über Kontrollfragen. Ob eine Vereinbarung möglich ist, hängt nun nur noch vom Willen der Großmächte ab.

Die Frage der atomaren Bewaffnung innerhalb der NATO ist immer noch umstritten. Amerikas Verteidigungsminister McNamara erklärte klipp und klar, ein eigenes Atomwaffenarsenal kleiner Länder sei nicht nur überaus teuer, sondern auch nutzlos, würden doch dadurch die Großen nicht abgeschreckt, sondern im Gegenteil angezogen! Doch dies kümmert de Gaulle nicht: mit großer Starrköpfigkeit verfolgt er sein Projekt einer eigenen «Force de frappe». Wen wundert es, daß Deutschland ihn in seinen Bestrebungen unterstützt, erwartet es doch, daß auch für seine Truppen etliche atomare Brocken abfallen. Amerika will (oder kann?) seinen Verbündeten

seinen Willen nicht aufzwingen; auch hat es wirtschaftlich genug Sorgen; zu groß sind nach wie vor die Arbeitslosenzahl, die unausgenützte Kapazität der Industrie und der Goldabfluß.

Amerika beginnt aber umzudenken. Immer weiter rückt es von der Truman-Doktrin ab, die da besagte, man müsse in vom Kommunismus bedrohte Länder Dollars hineinpumpen. Kennedy selber fragte bei einer Rede, ob es wirklich sinnvoll war, in den letzten zehn Jahren 3 Milliarden Dollar und die besten Truppen nach Südostasien zu schicken, um heute festzustellen, daß diese Länder gefährdeter seien als je. Die Zustimmung zu einem neutralen Laos, das sofort aus der SEATO austrat, ist ein Zeichen dieser Neuorientierung, die gewisse Leute in Deutschland mit Besorgnis erfüllt. Nicht umsonst sprechen viele vom «zu weichen» Kennedy . . .

Bedauerlich ist aber, daß Amerika glaubt, auf seinen Luftstützpunkt auf den Azoren nicht verzichten zu können und deshalb mit dem portugiesischen Diktator Salazar über die Verlängerung des Ende Jahres ablaufenden Vertrages Verhandlungen angeknüpft hat. Wenn die NATO — um ihrer Aufgabe willen, die Freiheit zu verteidigen (und darunter wird doch hoffentlich auch die geistige Freiheit gemeint sein), mit Diktatoren Verträge abschließen muß, dann steht sie auf schwachen Beinen, mögen ihre Waffen auch noch so modern sein. (Beweise dafür sind viele zu finden, man denke an Südostasien und an Südamerika.) Portugal will von Amerika möglichst viel Geld für die Azoren bekommen, um damit vor allem den Krieg in Angola finanzieren zu können. Auch mit diesem Krieg wird es nicht gelingen, die Unabhängigkeitsbewegung in Afrika abzustoppen — am 1. Juli wurden wieder zwei Länder, Ruanda und Urundi, frei —; man wird höchstens erreichen, daß der Weiße in Afrika noch verhaßter wird.

G. E. LESSING

Die Geschichte des alten Wolfs

I.

Der böse Wolf war zu Jahren gekommen und faßte den gleißenden Entschluß, mit den Schäfern auf einem gütlichen Fuß zu leben. Er machte sich also auf und kam zu dem Schäfer, dessen Horden seiner Höhle die nächsten waren.

Schäfer, sprach er, du nennst mich den blutgierigen Räuber, der ich doch wirklich nicht bin. Freilich muß ich mich an deine Schafe halten, wenn mich hungert; denn Hunger tut weh. Schütze mich nur vor dem Hun-